
FDP Waldeck-Frankenberg

CORONA-SOFORTHILFE: KRITIK AN RÜCKFORDERUNG

09.09.2025

Corona-Soforthilfe: Kritik an Rückforderung

FDP-Kreisvorsitzender Jochen Rube: Brauchen unbürokratische

Waldeck-Frankenberg – Die Rückforderungen der Corona-Soforthilfen brächten zahlreiche Betriebe in Waldeck-Frankenberg in massive Schwierigkeiten. Während andere Bundesländer wie Bayern oder Sachsen kulante Lösungen mit Erlassmöglichkeiten oder Moratorien geschaffen hätten, setze Hessen auf ein starres und bürokratisches Rückmeldeverfahren. Bereits mehr als 1700 Rückforderungsbescheide seien landesweit verschickt worden – auch viele Unternehmen im Landkreis Waldeck-Fran-

kenberg seien betroffen, schreibt die FDP Waldeck-Frankenberg in einer Pressemitteilung.

„Die Rückforderungswelle trifft bei uns vor allem kleine Gastronomie- und Handwerksbetriebe sowie weitere kleine und mittelständische Unternehmen. Sie haben die Hilfen damals ordnungsgemäß für Miete, Energiekosten und laufende Ausgaben eingesetzt. Jetzt müssen sie innerhalb von nur 14 Tagen in der Sommerpause reagieren – eine völlig praxisferne Fristsetzung“, kriti-

siert Jochen Rube, Kreisvorsitzender der FDP Waldeck-Frankenberg.

„Statt die Wirtschaft zu entlasten, wird zusätzliche Bürokratie geschaffen. Andere Länder zeigen, dass es auch anders geht.“ Auch die FDP-Kreistagsabgeordnete Friederike Becker warnt vor den Folgen für die regionale Wirtschaft: „In Gesprächen mit betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmen wird deutlich: Es geht nicht um Missbrauchsfälle, sondern um die ehrlichen Betriebe, die in der Pandemie um

ihre Existenz kämpfen. Gerade kleine Unternehmen oder Handwerker haben nun Rückforderungen zu bewältigen. Das ist nicht nur bürokratisch, sondern gefährdet die Existenz inländischer Betriebe.“

Die FDP fordert eine Überarbeitung des Verfahrens. „In anderen Ländern wurden kulante Lösungen gefunden, wie Moratorien, Erlassmöglichkeiten oder Stundungen. Zudem müssen die Rückforderungen